

17. April 2025



Steuern + recht newsflash

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD: Spannende Einblicke in ausgewählte Maßnahmen

Am 9. April 2025 präsentierten die zukünftigen Regierungsparteien in Berlin ihren Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland“. Ein Titel mit Signalwirkung, denn unser Land sieht sich derzeit beispiellosen Herausforderungen gegenüber, darunter Klimakrise, der fortschreitenden Digitalisierung, dem demografischen Wandel und geopolitischen Spannungen. Diese drängenden Themen erfordern umgehendes Handeln. Nach intensiven Diskussionen einigten sich die Verhandlungspartner auf eine gemeinsame Grundlage für die künftige Regierungsarbeit. Die geplanten Maßnahmen in dieser Legislaturperiode decken ein breites Spektrum von Steuerpolitik über Handelsrecht, Bürokratieabbau und Digitalisierung bis hin zur Entwicklung neuer Geschäftsfelder und Unterstützung für verschiedene Unternehmensbranchen ab. Auch in Bezug auf die Sicherheit und demografische Entwicklung Deutschlands gibt es zahlreiche Vorschläge mit Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. In dieser Serie beleuchten wir ausgewählte Maßnahmen und informieren über die beabsichtigten Auswirkungen.

Zustimmung der Parteibasis steht noch aus: Die CDU möchte am 28. April 2025 auf einer Sitzung des Bundesausschusses über den Koalitionsvertrag entscheiden. Die SPD plant eine digitale Abstimmung der Parteimitglieder über den Koalitionsvertrag für den Zeitraum vom 13. April 2025 bis zum 29. April 2025. Das Ergebnis soll dann am 30. April 2025 verkündet werden. Die finale Unterzeichnung des Koalitionsvertrags kann nach erfolgter Zustimmung der Parteien, also frühestens nach dem 30. April 2025, erfolgen.

Fortschritte im Gesellschaftsrecht – Von Gründungsvereinfachung bis zur Reform von Mitbestimmung und AGB-Recht

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD zeigt aus Sicht des Gesellschaftsrechts, dass sich die Koalitionspartner im Vergleich zu ihren jeweiligen Wahlprogrammen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt haben. Auf der Agenda der Parteien standen vor der Wahl Änderungen im Gesellschaftsrecht – insbesondere im Aktienrecht-, Erleichterungen für Start-ups und bei Gründungen von Start-ups sowie Änderungen in Bezug auf die betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung. Nach den Regelungen

des Koalitionsvertrags sollen in der laufenden Legislaturperiode folgende gesellschaftsrechtliche Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Vereinfachung von Gesellschaftsgründungen

Unter anderem mit dem Ziel, Erleichterungen für Start-ups zu bieten, sollen Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden ermöglicht werden. Hierzu sollen digitale Beurkundungsprozesse eingeführt und bestehende Formerfordernisse überarbeitet werden.

2. Weiterentwicklung der Mitbestimmung

Ein weiteres Ziel ist die Weiterentwicklung der Mitbestimmung. Systematisch findet sich diese Zielsetzung im Bereich der arbeitsrechtlichen und insbesondere der betriebsverfassungsrechtlichen Regelungen des Koalitionsvertrages, was dafürsprechen könnte, dass lediglich die betriebliche Mitbestimmung der gesetzlichen Anpassung unterliegen wird. Die im Rahmen der Verhandlungen über den Koalitionsvertrag bekannt gewordenen Entwürfe der AG 5 (dort Zeilen 229 und 230) zeigen jedoch, dass die unternehmerische Mitbestimmung auch im Zentrum der Gespräche der Koalitionspartner gestanden hat. Die Aussage „Wir werden die Mitbestimmung weiterentwickeln“ könnte auch dahingehend verstanden werden, dass die unternehmerische Mitbestimmung, die im Drittelbeteiligungsgesetz sowie im Mitbestimmungsgesetz ihre Grundlage hat, im Gespräch bleibt. Sollte dies der Fall sein, würden Vorhaben der vormaligen Regierung zur Ausweitung der unternehmerischen Mitbestimmung weiterhin zur Diskussion stehen.

3. Reform des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts

Die Koalition greift die bereits am 72. Deutschen Juristentag im Jahr 2018 gefassten Beschlüsse zum Reformbedarf des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts auf. Dieses Vorhaben der Koalition steht im Einklang mit den jüngst von der wissenschaftlichen Vereinigung für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (VGR) vorgestellten Vorschlägen für eine große Reform des Aktienrechts, wobei die Umsetzungsvorhaben der Koalition nicht so weit reichen, dass auch das Recht der Hauptversammlung reformiert werden soll. Das Ziel ist die Eindämmung von Missbrauchsmöglichkeiten im Rahmen des aktienrechtlichen Beschlussmängelrechts.

4. Einführung einer Gesellschaft mit gebundenem Vermögen

Im deutschen Gesellschaftsrecht gelten der Numerus Clausus der Gesellschaftsformen und der Rechtsformzwang. Der Gesetzgeber gibt die zur Verfügung stehenden Gesellschaftstypen abschließend vor und die bestehenden Rechtsformen sind ausschließlich innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Gestaltungsoptionen abänderbar. Schon die Ampelkoalition hatte geplant, die gesellschaftsrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten durch die Einführung einer neuen Rechtsform zu erweitern: die „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“, auch bekannt unter der Bezeichnung „Unternehmen in Verantwortungseigentum“. Gesellschaftsformen im Ausland, die konzeptionell ähnliche Gestaltungsoptionen vorsehen und als Vorbilder gelten, sind beispielsweise die Entreprise Solidaire d'Utilité Sociale in Frankreich, die aktiebolag med sårskild vinstutdelningsbegränsning in Schweden, die Benefit Corporation in den USA und die Società Benefit in Italien. Nach vielen Diskussionen wurde letztmalig im September 2024 ein Gesetzentwurf für eine Gesellschaft mit gebundenem Vermögen veröffentlicht, nicht als eine Sonderform einer GmbH, sondern als eine vollständig neue und eigenständige Rechtsform.

Kernelemente der gewünschten neuen Gesellschaftsform sind der persönlich engagierte Gesellschafter „mit Gesicht“, der als temporärer Treuhänder seine Stellung mit Ende des

Engagements innerhalb einer „Fähigkeiten- und Wertefamilie“ weitergibt und die Vermögensbindung, wonach Gewinne nicht ausgeschüttet werden können, sondern Überschüsse des laufenden Betriebs für unternehmerische, gemeinnützige oder gemeinwohlorientierte Zwecke genutzt werden.

5. Reform des Genossenschaftsrechts

Die Ampelkoalition hatte in ihrem Koalitionsvertrag bereits die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Genossenschaften vorgesehen; ihr im Januar 2025 vorgelegter Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der genossenschaftlichen Rechtsform wurde jedoch nicht mehr verabschiedet. In welche Richtung die Modernisierung des Rechts der Genossenschaften angestrebt wird, lässt der Koalitionsvertrag offen.

6. Reform des AGB-Rechts beschränkt auf große Kapitalgesellschaften

Die grundsätzliche Anwendung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) im reinen B2B-Bereich wird seit Jahren kritisiert. § 307 BGB gibt Gerichten die Möglichkeit, individuell vereinbarte Regelungen im Einzelfall abzulehnen, was schwer vorhersehbar ist und damit Risiken für die Vertragsparteien birgt.

Im Interesse der Rechtssicherheit und -klarheit ist es daher positiv, dass die zukünftigen Koalitionspartner planen, das AGB-Recht im B2B-Bereich zwischen großen Kapitalgesellschaften zu reformieren. Es bleibt abzuwarten, welche Änderungen auf uns zukommen und ob die AGB-Inhaltskontrolle in diesen Rechtsverhältnissen künftig vollständig wegfallen wird. Dies wäre aus praktischer Sicht wünschenswert, da bisher aufwändige Gestaltungsoptionen wie die Vereinbarung einer Rechtswahlklausel unter Ausschluss der §§ 305 ff. BGB genutzt wurden, um dieses Ergebnis zu erreichen.

Finance / M&A: Proeuropäische Reformen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und nachhaltige Investitionen

Ein zentrales fiskalpolitisches Vorhaben von Friedrich Merz (CDU) ist die Einrichtung einer Expertenkommission unter Beteiligung des Deutschen Bundestages und der Bundesländer, die einen Vorschlag zur "Modernisierung der Schuldenbremse" erarbeiten soll, die ansonsten die öffentliche Verschuldung Deutschlands auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts beschränkt. Eine Reform wird bis Ende 2025 versprochen.

Wie in früheren Programmen ist die übergeordnete Botschaft ausdrücklich pro-europäisch und verpflichtet sich zur Umsetzung einer Reihe von legislativen und institutionellen Reformen, die auf EU-Ebene vorangetrieben wurden, insbesondere in Bezug auf Dossiers im Finanzdienstleistungssektor und bei Marktteilnehmern.

Ein zentraler Aspekt des Koalitionsvertrags ist die Betonung der Schaffung einer wettbewerbsfähigen und wachsenden Wirtschaft durch strukturelle Reformen und Investitionen. Die Koalition zielt darauf ab, Innovationen zu begünstigen, Bürokratie abzubauen und faire Löhne sowie gute Arbeitsbedingungen zu fördern. Dieser Ansatz soll ein günstigeres Umfeld für Finanzmärkte schaffen, indem die allgemeine wirtschaftliche Stabilität und die Wachstumsaussichten Deutschlands verbessert werden. Die Verpflichtung zur Senkung von Steuern, Abgaben und Energiepreisen sowie zur Unterstützung der Dekarbonisierung wird voraussichtlich die finanzielle Leistung von Unternehmen verbessern und mehr Investitionen anziehen.

1. Regulierung der Finanzmärkte

Der Koalitionsvertrag schlägt einen umfassenden Ansatz für die Finanzmarktregulierung vor, der darauf abzielt, die Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzdienstleistungssektors in der EU und in Deutschland zu stärken. Darüber hinaus soll die stärkere Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI), Blockchain und Cloud-basierten Lösungen innerhalb vom Financial Services Sektor gefördert werden. Eine rasche Umsetzung von EU-bezogenen Rechtsvorschriften zur Cybersicherheit und digitalen (operativen) Widerstandsfähigkeit insbesondere für kritische Infrastrukturen wird unterstützt. Er hebt die Bedeutung einer einheitlichen europäischen Finanzregulierung hervor, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Finanzmärkte zu steigern. Dies umfasst ein Bekenntnis zur EU-Bankenunion (wenn auch ohne eine mutualisierte EDIS) und zur Kapitalmarktunion (siehe die ausführliche Berichterstattung unseres EU RegCORE zu diesen Themen), die Vermeidung von "Goldplating" und die Sicherstellung, dass EU-Vorschriften so umgesetzt werden, dass sie keine unnötigen Belastungen für Unternehmen darstellen. Die Koalition unterstützt auch regelmäßige Berichte der EU-Kommission, um europäische Finanzvorschriften mit denen wichtiger Finanzzentren außerhalb der EU zu vergleichen und sicherzustellen, dass die europäischen Märkte wettbewerbsfähig und widerstandsfähig bleiben.

Der Koalitionsvertrag behandelt auch eine Reihe von Themen, darunter die Zulassung sowohl von Honorar- als auch von provisionsbasierten Anlageberatungspraktiken, wobei der Fokus möglicherweise auf der Stärkung von Kostenobergrenzen für Überziehungsgebühren und für Basiskonten liegt, die seit langem im Fokus der EU sowie nationaler Gesetzgeber und Regulierungsbehörden stehen. Der Koalitionsvertrag bringt jedoch nicht, obwohl EU-Gesetzesreformen im Gange sind, den Umfang der Finanzanlagenvermittler unter die Aufsicht der BaFin, sondern belässt ihn (vorerst) bei den örtlichen IHKs.

2. Entwicklung der Kapitalmärkte

Der Koalitionsvertrag unterstreicht die Bedeutung der Entwicklung eines robusten Kapitalmarktes in Deutschland. Er schlägt auch die Durchführung einer umfassenden Lückenanalyse (und Optionen zur Schließung solcher Lücken) vor, die im legislativen, regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmen relevant für Krypto-Assets-Aktivitäten, den „Grauen Kapitalmarkt“ und das Schattenbankwesen bestehen könnten.

3. Digitale Transformation und Finanzdienstleistungen

Die digitale Transformation ist ein zentraler Fokus des Koalitionsvertrags mit erheblichen Auswirkungen auf die Finanzdienstleistungen. Der Koalitionsvertrag befürwortet die Entwicklung eines digitalen Euro, der Bargeld ergänzen und eine sichere, datenschutzfreundliche und kostenfreie Zahlungsoption für Verbraucher bieten wird. Diese Initiative soll die Effizienz und Sicherheit des Zahlungssystems verbessern und das Vertrauen in digitale Finanzdienstleistungen stärken. Darüber hinaus unterstützt die Koalition die Einführung einer digitalen Identität (EUDI-Wallet) für Bürger und Unternehmen, die die Interaktionen mit Finanzinstituten und Regulierungsbehörden vereinfachen, administrative Belastungen reduzieren und die Servicequalität verbessern wird. Während vieles davon ähnliche Reformen auf EU-Ebene widerspiegelt, ist dies die bisher positivste Unterstützung auf Bundesebene in Deutschland, um diese Vorschläge in die Praxis umzusetzen.

4. Geldwäschebekämpfung und Prävention von Finanzkriminalität

Der Koalitionsvertrag legt großen Wert auf die Bekämpfung von Finanzkriminalität, einschließlich Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Er schlägt die Konsolidierung der föderalen Kompetenzen im Bereich der Finanzkriminalität vor, um die Koordination und

Effektivität zu verbessern. Während dies ein Vorschlag der vorherigen Regierung und auf EU-Ebene ist, insbesondere mit der Einführung der EU-AML-Behörde (AMLA), unterstützt der Koalitionsvertrag auch die Ausweitung der Telefonüberwachung bei schwerer Steuerhinterziehung und die Einführung einer "Verdachtsverfügung" (Suspicious Wealth Order) zur Beschlagnahme von Vermögenswerten, bei denen Zweifel an ihrer rechtmäßigen Herkunft bestehen. Diese Maßnahmen sollen die Integrität des Finanzsystems stärken und das Vertrauen der Öffentlichkeit in die deutschen Aufsichtsbehörden erhöhen.

5. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Risikokapital für Neugründungen

Zusätzlich zu den oben genannten Punkten schlägt der Koalitionsvertrag vor:

a. Einrichtung eines Deutschlandfonds

Eine der im Koalitionsvertrag vorgeschlagenen Schlüsselinitiativen ist die Einrichtung eines "Deutschlandfonds". Dieser Fonds soll die Stärke der privaten Finanzmärkte mit dem strategischen Ansatz staatlicher Investitionen verbinden. Der Bund wird mindestens zehn Milliarden Euro an Eigenkapital durch Bürgschaften oder Finanztransaktionen bereitstellen. Durch die Kombination dieser öffentlichen Mittel mit privatem Kapital und Garantien soll der Fonds mindestens 100 Milliarden Euro mobilisieren, die in verschiedenen Modulen investiert werden, um bestehende Finanzierungslücken, insbesondere für mittelständische Unternehmen und Scale-ups, zu schließen. Die Investitionsentscheidungen werden im Rahmen einer unternehmerischen Governance-Struktur getroffen, wobei der Schwerpunkt auf Investitionen innerhalb Deutschlands liegt. Es wird erwartet, dass dieses Modell als Blaupause für ähnliche Fonds in anderen Regionen dienen wird.

b. Fortführung und Ausbau des Zukunftsfonds

Der Koalitionsvertrag betont auch die Fortsetzung und Erweiterung des bestehenden Zukunftsfonds über 2030 hinaus. Das Ziel ist es, die Investitionen der Investoren in die WIN-Initiative auf über 25 Milliarden Euro zu mehr als verdoppeln, unterstützt durch Bundesgarantien. Diese Initiative zielt darauf ab, einen stabilen und langfristigen Finanzierungsrahmen für Start-ups bereitzustellen und sicherzustellen, dass sie Zugang zu dem Kapital haben, das sie für Wachstum und Innovation benötigen.

c. EU-Reform Solvabilität II

Um die Verfügbarkeit von Risikokapital weiter zu verbessern, schlägt der Koalitionsvertrag eine weitere Reform der EU-Solvency-II-Richtlinie vor. Diese Reform zielt darauf ab, Milliarden von Euro zu aktivieren, indem die Kapitalanforderungen für Infrastrukturprojekte und Risikokapital gesenkt werden. Darüber hinaus sollen, wo möglich, nationale Kapitalpuffer eliminiert werden. Diese Maßnahme soll erhebliche finanzielle Ressourcen freisetzen, die in Start-ups und andere innovative Unternehmungen umgeleitet werden können.

Vergaberecht – Wiederbelebung des Vergabetransformationsgesetzes?

Der Teil des Koalitionsvertrages, der sich dem Vergaberecht als solchem widmet, klingt in den Ohren eines aufmerksamen Lesers wie eine Reanimation des Vergabetransformationsgesetzes: Vereinfachung, Beschleunigung und Digitalisierung stehen dabei im Vordergrund.

1. Nationales Vergaberecht

Vorgesehene Instrumente zur Verwirklichung dieser Ziele sollen dabei sein:

- Sektorale Ausnahmetatbestände, insbesondere in Fragen der nationalen Sicherheit und für Leitmärkte emissionsarmer Produkte in der Grundstoffindustrie mit einem Pionierfeld für die Deutsche Bahn,
- Vereinheitlichung der unterschwelligen Vergabeverfahren, Erhöhung der Schwellenwerte für Direktvergaben und freihändige Vergaben, Heraufsetzung der Wertgrenze bei Direktaufträgen für Liefer- und Dienstleistungen auf nunmehr 50.000 Euro statt wie zuvor 15.000 Euro und auf 100.000 Euro für Start-ups mit innovativen Leistungen in den ersten vier Jahren nach ihrer Gründung.

2. EU-Vergaberecht

Einsatz will die Koalition auch auf EU-Ebene bewirken: Zum einen sollen die EU-Schwellenwerte erhöht werden. Zum anderen möchte sich die neue Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Planungsleistungen bei der Berechnung des Auftragswerts für Bauleistungen nicht berücksichtigt werden – eine Regelung, die öffentliche Auftraggeber seit längerem fordern.

3. Grundsatz der Losvergabe

Das Gebot der Losvergabe soll zur Wahrung der Interessen der mittelständischen Unternehmen unverändert fortbestehen.

4. Strategische Beschaffungen

Ein weiteres Ziel ist es, das öffentliche Beschaffungswesen effizienter und moderner zu gestalten, indem ein „strategisches Beschaffungsmanagement“ eingeführt werden soll.

Dieses beinhaltet folgende Instrumente:

- Behörden greifen auf bestehende Rahmenverträge und zentrale Einkaufsplattformen zurück.
- Die Bundesplattform „Kaufhaus des Bundes“ soll zu einem digitalen Marktplatz für alle öffentlichen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) ausgebaut werden, während die einzelnen Vergabeplattformen zusammengeführt werden.
- Der IT-Einkauf des Bundes soll zentral gesteuert werden, um Abhängigkeiten von großen Anbietern zu verringern und den Digitalstandort Deutschland zu fördern.
- Bieter sollen ihre Eignung einfach, digital und mittelstandsfreundlich nachweisen können, etwa durch Eigenerklärungen oder geprüfte Systeme.

Kartellrecht – der Wille ist da, aber gibt es auch einen Weg?

Auch im Rahmen des Kartellrechts liegt der Fokus auf Beschleunigung und Digitalisierung. Hier wird aber von den Koalitionspartnern eindeutig das „Wollen“ in den Vordergrund gestellt. So soll z. B. der europäische Protektionismus stärker berücksichtigt werden: Die europäische Souveränität und Sicherheit im europäischen Wettbewerbsrecht sollen insbesondere im Rahmen von Fusionskontrollen größeren Einfluss haben.

Konkrete Maßnahmen finden sich für das Thema Künstliche Intelligenz: Im Bereich der aktiven Planung wird eine neue Expertenkommission „Wettbewerb und Künstliche Intelligenz“ beim Bundeswirtschaftsministerium eingerichtet.

Ferner soll das Wettbewerbsrecht enger an das Medienkonzentrationsrecht geknüpft werden, um u.a. die Prüfung von Fusionen zwischen Medienunternehmen und Anbietern medienrelevanter Infrastruktur zu gewährleisten. Die Normierung einer

wettbewerbsrechtlichen Bereichsausnahme soll die Kooperationen sowohl im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als auch von privaten Medienhäusern erleichtern.

Außenwirtschaftsrecht – im Westen nichts Neues?

Der Koalitionsvertrag sieht eine Novelle des Außenwirtschaftsgesetzes vor. Diese ist eine Reaktion auf bekannte Forderungen nach mehr Flexibilität und Effizienz in den Investitionsprüfverfahren. Dementsprechend liegt der Fokus auf der Beschleunigung und Vereinfachung von Prüfverfahren. Daneben steht die Wahrung der nationalen Interessen im Bereich kritischer Infrastrukturen, indem widerstrebende ausländische Investitionen verhindert werden sollen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Cyber-Sicherheit des Mittelstandes, wobei die Koalitionspartner auf Aufklärung und Unterstützungsmaßnahmen setzen.

Daneben ist eine neue Exportstrategie geplant. Diese sieht lediglich stichprobenartige Kontrollen und die Abschaffung bestimmter Ausfuhrgenehmigungen vor.

Steuermaßnahmen: Entlastung der Steuerpflichtigen und Streben nach Steuergerechtigkeit

Die in dieser Legislaturperiode geplanten und im vorliegenden Entwurf für einen Koalitionsvertrag genannten Maßnahmen zielen im Wesentlichen auf eine Entlastung der Steuerpflichtigen ab. Doch auch Steuergerechtigkeit und die Bekämpfung von Missbräuchen stehen auf der Agenda. Die noch während des Wahlkampfes und der Sondierungsgespräche angekündigten Änderungen im Bereich der Substanzsteuern (wie z.B. die Einführung einer Vermögensteuer oder Änderungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer) haben keinen Eingang in den Entwurf gefunden. Auch der Solidaritätszuschlag soll in seiner derzeitigen Form erhalten bleiben. Mehr zum Thema lesen Sie **hier**.

Investitionsoffensive und Modernisierung der Infrastruktur für eine sichere, digitale und klimafreundliche Zukunft

Die künftige Regierung setzt auf umfassende Investitionen, um die Infrastruktur zu erhalten und auszubauen, wobei der Schwerpunkt auf sicherem, sauberem und digitalem öffentlichem Verkehr liegt. Sie plant, Schienen- und Wasserstraßensysteme, einschließlich Schleusen sowie See- und Binnenhäfen, zu modernisieren. Die Ladeinfrastruktur soll auch erweitert werden.

Um eine bedarfsgerechte Entwicklung geht es im Bereich medizinische Infrastruktur, die auf der Krankenhausreform aufbaut. Ebenso geplant: Kommunale Infrastrukturen mit Fokus auf Bildung und sozialem Wohnungsbau. Die Strategie sieht den Bau, die Erweiterung und Renovierung von Bildungseinrichtungen, insbesondere Schulen und Kindertagesstätten, sowie die Modernisierung des Bildungssystems vor. Darüber hinaus betont die Regierung einfachere, klimafreundliche und kostengünstige städtische Bauweisen und die Modernisierung von Sportanlagen.

Auch der Ausbau von Mobilfunk- und Glasfasernetzen bis in jedes Haus, insbesondere in unterversorgten ländlichen Gebieten soll künftig sichergestellt sein. Die Entwicklung digitaler Infrastrukturen hat Priorität, ebenso wie die Energieinfrastruktur, die den Netzausbau und das Wachstum erneuerbarer Energien wie Solar-, Wind-, Bioenergie, Geothermie und Wasserkraft umfasst. Die Regierung konzentriert sich auch auf Wasserstoff und kommunale Wärmeplanung mit einem Ziel von 20 GW Gaskraftwerken. Zur Unterstützung des Infrastrukturausbaus sieht das Koalitionsabkommen finanzielle Instrumente vor, darunter die Schaffung eines 500 Milliarden Euro starken Sondervermögens für Infrastruktur.

Die Regierung beabsichtigt, das Finanzvolumen zu verdoppeln, indem ein Eisenbahninfrastrukturfonds zum Ausbau und zur Verbesserung des schienenengebundenen öffentlichen Verkehrs mit Mitteln aus dem Sondervermögen geschaffen wird. Der Klima- und Transformationsfonds wird erweitert, und kleine Programme mit weniger als 50 Millionen Euro Fördervolumen sollen auslaufen. Jährlich werden 10 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für den Ausbau der erneuerbaren Energieinfrastruktur und die Umstellung von Flotten auf klimaneutrale Busse bereitgestellt. Die neue Regierung wird kurzfristige Nothilfen für versorgungsnotwendige Krankenhäuser bereitstellen, bis die Krankenhausreform greift.

Insgesamt soll das Verfahren für Infrastrukturprojekte vereinfacht, die Verbandsklagerechte vor Verwaltungsgerichten reformiert und eine Reform der Schuldenbremse durch eine Expertenkommission vorangetrieben werden.

Die Regierung strebt eine vollständige Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren an und wird eine nationale Hafenstrategie als gesamtstaatliche Aufgabe umsetzen. Der Digitalpakt 2.0 wird sich auf anwendungsorientierte Lehrerfortbildung, die Digitalisierung von Schule und Unterricht, selbstadaptive KI-gestützte Lernsysteme und digital unterstützte Vertretungskonzepte konzentrieren.

Modernisierung des Arbeitsrechts: Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit als Leitmotiv

Der Koalitionsvertrag skizziert einen umfassenden Plan zur Modernisierung des Arbeitsrechts, um Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Er konzentriert sich auf die Umsetzung europäischer Richtlinien wie dem EU AI Act, der Arbeitszeitrichtlinie und der EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz. Ziel ist es, die Starrheit der aktuellen täglichen Höchstarbeitszeiten durch einen flexibleren Wochenplan zu ersetzen, was insbesondere Branchen wie IT, Bauwesen, Logistik und Gesundheitswesen zugutekommt, indem variable Arbeitstage besser auf Projektspitzen und saisonale Anforderungen abgestimmt werden.

Es werden spezifische Ziele und Umsetzungspläne, einschließlich der Schaffung eines Bundesgesetzes zur Sicherstellung der Einhaltung von Tarifverträgen beschrieben. Das beabsichtigte Ziel: Bürokratie, Nachweispflichten und Kontrollen zu minimieren und gleichzeitig die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie durch den Schutz originärer Tarifverträge zu gewährleisten. Die neue Koalition will Nachteile für tarifgebundene Unternehmen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge und Bundeskonzessionen beseitigen. Der Koalitionsvertrag unterstreicht die Bedeutung von Tarifverhandlungen und legt fest, dass Bundesaufträge nur an Unternehmen vergeben werden sollten, die tariflich vereinbarte Löhne zahlen. Der Umfang umfasst Aufträge ab 50.000 € und innovative Start-ups mit Dienstleistungen im Wert von 100.000 € in den ersten vier Jahren.

Der EU AI Act, der bis Mitte 2026 in nationales Recht integriert werden muss, ist ein bedeutender Schwerpunkt. Er erfordert die Qualifizierung der Mitarbeiter und einen fairen Umgang mit Daten innerhalb der Unternehmen. Der Koalitionsvertrag setzt auf einen europaweiten Rechtsrahmen für die KI-Risikobewertung mit strengen Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme, insbesondere in HR-Bereichen wie der Bewerberauswahl.

Energiekosten senken für eine wettbewerbsfähige Industrie und nachhaltige Transformation des Energiesystems

Der Koalitionsvertrag zielt auf eine deutliche Senkung der Energiekosten in Deutschland ab, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie wiederherzustellen. Die Vereinbarung hebt die Notwendigkeit hervor, dauerhaft niedrige, vorhersehbare und international wettbewerbsfähige Energiepreise zu gewährleisten. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören die Umstrukturierung der Strom- und Gaspreise, die Abschaffung der Gas-Speicherumlage und die Sicherstellung kostengünstiger Gasspeicherlösungen.

Eine bedeutende Maßnahme ist die vorgeschlagene Senkung der industriellen Strompreise um 5 Cent pro kWh für energieintensive Unternehmen. Der Koalitionsvertrag behandelt auch die Transformation des Energiesystems, die Förderung der Wasserstoffproduktion und die Einführung eines Gesetzespakets zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung. Ziel ist es, die Klimaziele Deutschlands zu unterstützen und gleichzeitig die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Fortschritte in IP-Strategie und Datenschutzreform: Ein Blick auf die digitalen Veränderungen in Deutschland

Im Rahmen der IP-Strategie strebt die neue Koalition eine Förderung von Open Source und die Standardisierung von Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen an, um den Zugang zu geistigem Eigentum zu verbessern. Ein neues Datengesetzbuch soll Unsicherheiten beseitigen und die Datenökonomie vorantreiben, während die Reform der Datenschutzaufsicht anvisiert, Zuständigkeiten zu bündeln und einheitliche Standards zu etablieren.

Diese Initiativen zielen darauf ab, eine Datenkultur zu etablieren und Innovationspotenziale in der digitalen Verwaltung und Justiz zu nutzen, einschließlich der Implementierung von Künstlicher Intelligenz. Insgesamt wird ein klarer Fokus auf Erleichterungen und Innovationen erkennbar, auch wenn die konkrete Umsetzung in der Praxis noch abzuwarten bleibt. Wichtige Zielkonflikte, insbesondere im Spannungsfeld zwischen Datennutzung und Datenschutz, müssen dabei gelöst werden.

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

Bestellung



Wenn Sie einen PwC-Newsletter bestellen, speichern und verarbeiten wir Ihre E-Mail-Adresse zum Zweck des Versands des von Ihnen abonnierten Newsletters.

Für neue Interessenten besteht die Möglichkeit, sich über den folgenden Link als Abonnent registrieren zu lassen:

ANMELDEN

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: (0 69) 95 85-5680
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: (0 511) 53 57-3242
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2025 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.